

Zur ZEIT Kommentar

Brief aus Berlin

VON THOMAS HÜTTNER



Bild: Verlag

Patricia Schlesinger, bis vor kurzem noch kaum einer breiten Öffentlichkeit bekannt, ist gerade erst von ihren Ämtern als ARD-Vorsitzen-

de und RBB-Intendantin zurückgetreten. Dubiose Beraterverträge und ein teurer Dienstwagen trugen dazu bei.

Die Vorwürfe, die zum Rücktritt führten, bekommen nun auch eine strafrechtliche Dimension. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat ein Ermittlungsverfahren gegen Schlesinger eingeleitet – wegen des Verdachts der Untreue und Vorteilsnahme.

Ermittelt wird auch gegen Schlesingers Mann, den ehemaligen „Spiegel“-Journalisten Gerhard Spörl, sowie gegen den bisherigen RBB-Verwaltungsratschef Wolf-Dieter Wolf. Nach den ersten Enthüllungen zu unter fragwürdigen Umständen vergebenen Beraterverträgen, Compliance-Verstößen und teuren Dienstwagen hatte sich die Staatsanwaltschaft zunächst nicht eingeschaltet. Nun sehen die Ermittler doch einen Anfangsverdacht.

Was Deutschland braucht, ist eine grundlegende Reform seiner Medienordnung. ♦



Bild: Leonhard Lenz/Wikimedia (CC0 1.0)

Corona-Maßnahmenkritiker: Sind für die Staatsmacht „Staatsfeinde“

Angst vor „Aufständen“

Heißer Herbst vor kaltem Winter?

VON BERND KALLINA

Noch dominieren Ferienstimmungen die Tage Deutschlands. Doch insbesondere in der Berliner Ampelkoalition, aber auch bei Vertretern von Linkspartei und CDU/CSU, klingen jetzt, im August 2022, zunehmend besorgte Töne an: Die durch die Energiekrise sichtbar gewordene Zuspitzung offenkundigen Regierungsversagens und deren Folgen für die Bevölkerung, könnten sich im kommenden Herbst und Winter in massiven Bürgerprotesten niederschlagen. Doch diese wären, soweit sie sich in friedlichen Formen äußern, von der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nicht nur gedeckt, sondern auch als Ausdruck lebendiger Demokratie zu begrüßen. Denn: Warum sollen unzufriedene Bürger nicht ihren verständlichen Ärger über desaströses Regierungshan-

deln durch größere Demonstrationen zeigen? Etwa getreu dem Motto des großen deutschen Liberalen, Ralf Gustav Dahrendorf: „Es ist eine bürgerliche Pflicht sich einzumischen!“

Die Stichworte strategischer Fehlentwicklungen sind lang: Gleichzeitiger Ausstieg aus der umweltfreundlichen Kernkraft und der Kohleenergie, eine unausgeglichene Verkehrswende, Mangel an Erdgas wegen der Russland-Sanktionen, anhaltendes

Weltfremde links-grüne Ideologien führen Deutschland ins Abseits.

Migrationschaos und endlose Euro-Krisen. Hinzu kommen: Galoppierende Inflationsraten, schwerwiegende Nachwirkungen der Corona-Lockdown-Maßnahmen, vor allem für den Mittelstand, sowie weltweite Lieferengpässe, die industrielle Produktionsprozesse stocken lassen, kurzum: ein brisantes Krisengemisch und wenig Aussicht auf entscheidende Kurs-

korrekturen seitens der Berliner Regierung. Hauptgrund: Viele dieser Wege ins Abseits gründen in weltfremden Ideologien, die wie zivilreligiöse Dogmen als unantastbar gelten. Typisches Beispiel: die friedliche Nutzung der Atomenergie, weltweit genutzt, in Grün-Deutschland jedoch: „Teufelszeug“.

Und wie reagieren schon im zeitlichen Vorfeld Regierungsvertreter und Leitmedien auf die zu erwartende Protestwelle aufmüppiger Bürger? Dazu Kostproben: „Eine diffuse Mischung aus Coronaleugnern, Verschwörunganhängerinnen, Reichsbürgern, Rechtsextremen und Politikentfremdeten“. So kanzelt „Der Spiegel“ die fraglichen Personengruppen von vornherein ab, die von ihrem Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsrecht demnächst Gebrauch machen könnten.

Auch Nancy Faeser, SPD-Innenministerin mit dokumentierter Antifa-Sympathie, orakelte schon im Juli, dass die stark steigenden Preise als neues rechtes Mobilisierungsthema missbraucht werden könnten. Unisono die grüne Außenministerin, Annalena Baerbock, immer wieder durch verbale „Höhenflüge“ auffallend: Wenn das Gas knapp werde, drohten „Volksaufstände“. Einen besonderen Einblick in das selektive Demokratie-Unverständnis gewährte die Sozialsenatorin in Berlin, Katja Kipping, Ex-Vorsitzende der in Linkspartei umbenannten SED. Auf mögliche Bürgerproteste gegen Inflation und explodierende Energiekosten angesprochen, meinte sie, dass sie „keine Angst vor sozialen Protesten“ habe. Problematisch werde es nur, „wenn es eine rechte Mobilisierung gibt.“ Ein in der Tat sehr aufschlussreiches Bekenntnis zu ihrem Verhältnis von Freiheit, Gleichheit und Demokratie.

Das „Problematische“ bei Bürgerprotesten von „der falschen

Seite“ erfährt noch durch ausgrenzende Begrifflichkeiten des Inlandsgeheimdienstes eine erhöhte Qualität. „Delegitimierer“, so heißt die neue Bannvokabel der Schlapphüte unter Führung des CDU-Mannes Thomas Halden-

Mobilisierung von rechts ist das ganz große linke Schreckgespenst.

wang. Angeblich nutzen „Delegitimierer jede Gelegenheit, um die Demokratie und unseren Zusammenhalt an sich zu hinterfragen – und ja: anzugreifen“, so – auf Haldenwangs Spuren – die MDR-Chefredakteurin Julia Kirttian im „Tagesthemen“-Kommentar. Das läuft dann praktisch darauf hinaus, dass, wer nicht im Sinne der

Regierung – oder des Parteienkartells – demonstriert, damit rechnen muss, als „Staatsfeind“ abgestempelt zu werden. Mit dieser Angriffs-Dialektik wird schnell die Erwägung, dass die eigenen Regierungen der letzten Jahre für die beklagenswerten Missstände verantwortlich sein könnten, gleich vorbeugend ins „verfassungsfeindliche“ Eck gestellt. Da soll doch lieber nochmals Ralf Dahrendorf zu Worte kommen, der die Problematik im Sinne der Freiheit klarer erkannte, nämlich, dass „eine aus Demokraten bestehende Demokratie denen, die an der Macht sind, das Leben schwer macht. Schon allein dadurch, dass man unablässig und unerbittlich Fragen stellt, Kritik übt und Druck erzeugt!“



Bild: Lopus in Savonija/Wikimedia (CC BY-SA 4.0)

Entschädigung abgelehnt

Anders als das politische und mediale Establishment behaupten, sind Corona-Impfungen alles andere als frei von (schweren) Nebenwirkung. In Sachsen haben bis 30. Juni insgesamt 256 Menschen einen Entschädigungsantrag im Zusammenhang mit mutmaßlich erlittenen Schäden nach einer Covid-Impfung gestellt. Wie eine Anfrage des AfD-Landtagsabgeordneten André Wendt ergaben hat, endeten nur zwölf der bisher abgeschlossenen Verfahren mit einer Anerkennung des Entschädigungsantrags, während in 94 Fällen eine Ablehnung erfolgte.

Wie Wendt erklärt, waren unter den Ablehnungen unter anderem zahlreiche Fälle von Hirnblutung, Herzmuskelentzündung, Lähmung, Lungenembolie, extrem starke Schmerzen oder Anträge auf Bestattungsgeld nach einem Todesfall. (RED.)